

ÖRV-Wahlcheck 2017

1. Welchen Wert misst Ihre Partei der Reisebranche zu und wie wollen Sie sicherstellen, dass dieser für Österreich wichtige Wirtschaftszweig auch künftig ein ökonomischer Wachstumstreiber bleibt und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt?

SPÖ:

Selbstverständlich einen großen. Der Tourismus ist eine der wesentlichen Wirtschaftsfaktoren unseres Landes und bietet vielen Menschen nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern auch die Möglichkeit Ideen und Anliegen einzubringen.

Wichtig ist hier, die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist die Förderung des nachhaltigen Tourismus von großer Bedeutung.

DIE NEUE VOLKSPARTEI:

Weltweit ist Tourismus ein Wachstumsmotor der Wirtschaft, so auch in Österreich. Reisen wird für immer breitere Bevölkerungsschichten möglich und aus dem Luxus für einige wenige ist ein Grundbedürfnis für sehr viele Menschen geworden. Maßgeblichen Anteil daran hat die Reisebranche, Österreichs Reiseveranstalter und Reisebüros sind wesentlicher Teil des Gesamtkunstwerks Tourismus. Heutzutage steht der einzelne Reisende einem Überangebot an Informationen und Möglichkeiten gegenüber, Anleitung und verlässliche, persönliche Angebotsgestaltung und Betreuung ist wichtiger denn je. Damit die Reisebranche diese wichtige Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, ist es wichtig, sich dem digitalen Wandel zu stellen und auf die umfassenden Veränderungen zu reagieren. Zudem muss fairer Wettbewerb gesichert sein, sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt. Aufgabe der Politik ist es, die passenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

FPÖ:

Natürlich messen wir der Reisebranche einen hohen Stellenwert als Exportmotor für die österreichische Leitbranche Tourismus bei. Jeder internationale Gast ist ein Gewinn, jede Ausgabe steigert den Wohlstand in der Region – das darf man in Zeiten zunehmenden Online-Vertriebs durch internationale Multis nicht vergessen – und schafft direkt und indirekt Arbeitsplätze. Das macht Incoming-Reisebüros unverzichtbar. Ebenso im Outgoing: Die Nachfrage nach Dienstleistungen ist da und muss bedient werden. Die Professionalität der Dienstleister schafft Mehrwert im Inland bis hin zu den Konsumausgaben, Transport und Verkehr – ein echter Win für den Standort.

DIE GRÜNEN:

Die Reisebranche ist für Österreich sehr bedeutend und hat auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise (wieder) unter Beweis gestellt, dass sie die Volkswirtschaft stabilisiert und den Wohlstand absichert. Deshalb werden wir Grüne weiterhin vehement gegen einseitige Belastungen der Branche und unsinnige Regelungen wie im Umfeld der letzten Steuerreform eintreten und für die Lösung langjährig dahingeschobener Probleme abseits der rituellen sozialpartnerschaftlichen Blockaden.

NEOS:

Unser Wirtschaftssprecher Sepp Schellhorn kommt selber aus der Tourismusbranche. Diese hat in unseren Politischen Forderungen einen hohen Stellenwert. Nicht zuletzt deswegen, weil die Tourismus- und Freizeitwirtschaft 16,1% des BIPs erwirtschaftet und für jeden 5. Arbeitsplatz in Österreich verantwortlich ist.

2. Inwiefern sehen Sie den Tourismus als Schlüsselbranche, die wesentlich dazu beiträgt, Regionen wie z.B. Nordafrika wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich zu stabilisieren? Kann und sollte die Tourismuswirtschaft bei der Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit partnerschaftlich miteinbezogen werden?

SPÖ:

Hier sind Projekte wie jene der Partnerschaftsstädte zu forcieren.

Gleichzeitig muss auch in diesen Gebieten der nachhaltige Tourismus gefördert werden. Nur so können die Menschen einen Tourismus aufbauen, der Arbeitsplätze bietet und ausbaufähig ist.

DIE NEUE VOLKSPARTEI:

Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist es generell, Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Ein wesentlicher Hebel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten, damit sich Menschen durch ein eigenes Einkommen selbst erhalten können. Dazu ist die Wirtschaft ein starker Partner unserer Entwicklungszusammenarbeit. Über das Instrument der Wirtschaftspartnerschaften wird daher durch die ADA (Austrian Development Agency) in allen Branchen gezielt versucht, Unternehmen einen Markteintritt in Entwicklungsländern zu erleichtern, um dort Arbeitsplätze zu schaffen und in vielen Fällen auch Bildungsprogramme und Know How Transfer vor Ort zu leisten.

Tourismus ist in vielen Entwicklungsländern ein wesentlicher Beitrag zum Einkommen des Landes und wird durch die österreichische Entwicklungszusammenarbeit daher gezielt unterstützt. Die ADA fördert in den letzten Jahren auch zunehmend Projekte im Bereich „Handel und Tourismus“. Aus unserer Sicht ist eine stärkere Zusammenarbeit mit der österreichischen Tourismusbranche erstrebenswert und birgt großes Potential, um im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

FPÖ:

Bei der Welttourismuskonferenz in Madrid war das Thema nachhaltiger Tourismus. Er befruchtet Regionen, die wirtschaftlich nachhinken.

Der Tourismus trägt sicherlich wesentlich dazu bei, dass sich angeschlagene Regionen wieder stabilisieren. Tourismus ist ein Arbeitsplatzmotor und Arbeit schafft Stabilität. Man braucht hierfür nicht nach Nordafrika zu schauen, da gibt es auch einige Beispiele in Europa, wie Spanien oder Griechenland. Tourismus gibt den Menschen – und vor allem den Jugendlichen – eine Perspektive und bringt dringend benötigtes frisches Geld ins Land.

Zu der Entwicklungszusammenarbeit kann die Tourismuswirtschaft in einer zweiten Ebene als ein Verstärker wirken, sobald erste grundlegende Strukturen im Land geschaffen wurden. Ganz wichtig ist hierbei natürlich der Informationsfluss zwischen Behörden, Institutionen und den handelnden touristischen Personen und Firmen.

DIE GRÜNEN:

Tourismus hat eine große Verantwortung und ebenso Potenzial für die Gestaltung eines nachhaltigen Zusammenlebens. Die Tourismuswirtschaft kann viel zur Entwicklungszusammenarbeit beitragen, wenn sie ökonomisch, ökologisch und kulturell nachhaltig ist und menschenrechtsfreundlich agiert.

Wenn der Tourismussektor Ziele in den Ländern des globalen Südens anbietet, ist die Hoffnung vieler Menschen dort, in diesem Bereich eine gut bezahlte und sichere Arbeit zu finden. Ein gutes Beispiel ist, wenn Einheimische als Lieferanten, ev. Genossenschaften von Kleinbauern für landwirtschaftliche Produkte einbezogen werden können.

Leider gibt es vor allem im Massentourismus auch viele Negativbeispiele, die negative Effekte auf die EZA haben. Beispielsweise wurde bei der Veröffentlichung der Panama-Papers klar, dass in Afrika vor allem auch der Tourismussektor von der Steuervermeidung betroffen ist. In manchen Ländern in Afrika stellen Safaris und andere Angebote mehr als 5 % des Bruttoinlandsproduktes dar. Im jeweiligen Land bleibt das Geld vieler Reisender aber sehr oft nicht, es mangelt also an der von Ihnen zu Recht eingemahnten Partnerschaftlichkeit. Es ist wichtig, hier Transparenz, Steuerzahlung und Korruption mit den Geschäftspartnern vor Ort – und das partnerschaftlich – zu klären.

NEOS:

Das kommt auf den Stabilisierungsgrad des Landes an. Grundsätzlich sind Investitionen (auch im Tourismusbereich) wichtig um in der Region nachhaltig Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings sind mehrere nordafrikanische Staaten, was Sicherheitslage und Infrastruktur angeht, gegenwärtig nicht einmal in der Nähe eines Standards, auf dem sich die Tourismusbranche dort entfalten könnte.

Entwicklungszusammenarbeit sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Unternehmen sind ein wesentlicher Teil davon. NEOS hat einen Vorschlag zur Entwicklungszusammenarbeit gemacht, in den dieser Ansatz sehr gut passt. Wir fordern 1000 Städtepartnerschaften zwischen Europa und Afrika, 15 davon aus Österreich. Diese Partnerschaften sind für den Expertisen-Transfer da. Es gibt etwa bereits eine Initiative im Europäischen Ausschuss der Regionen, innerhalb derer für 7 libysche Städte Partner gefunden wurden, die nun bei sehr pragmatischen Herausforderungen beraten: Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Krankenpflegeausbildung und bei der Jugendarbeit. Es geht darum, Infrastruktur und Stabilität zu schaffen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, statt einfach nur Geld zu schicken. Unternehmen sind davon ein wesentlicher Teil, denn sie müssen ihre Perspektive einbringen um jene Ressourcen und Skills in den Ländern zu schaffen, die sie selbst benötigen wenn sie irgendwann dort investieren um nachhaltig Arbeitsplätze zu schaffen.

3. Wie wird sich Ihre Partei verhalten, wenn es im Zuge der Implementierung des neuen Reiserechts („Pauschalreiserichtlinie“) zu gravierenden Folgeproblemen für Reisevertrieb und Reiseveranstalter kommen sollte? Werden Sie die Branche dabei unterstützen, sofern dies erforderlich wird, die rechtlichen Rahmenbedingungen praxistauglich zu gestalten?

SPÖ:

In diesem Punkt ist ihre Sorge unbegründet. Anders als in anderen europäischen Ländern haben wir in Österreich bereits vor der Implementierung der Pauschalreiserichtlinie einen hohen Konsumentenschutz gehabt. Die Änderungen sind daher nur marginal und die Branche ist gut vorbereitet.

DIE NEUE VOLKSPARTEI:

Die Pauschalreiserichtlinie ist eine EU-Richtlinie, die trotz der Gegenstimme Österreichs im EU-Rat beschlossen wurde. Diese ist nun in nationales Recht umzusetzen, wobei beachtet werden muss, dass kein „Golden Plating“ passiert, also keine unnötigen überschießenden Regulierungen in das nationale Recht übernommen werden und die Umsetzung möglichst praxisnah und unbürokratisch erfolgen kann.

FPÖ:

Natürlich kann die Branche hier auf meine volle Unterstützung setzen. Im Tourismusausschuss hat die FPÖ hier schon einige wichtige Impulse gesetzt, um der Pauschalreiserichtlinie die ersten Giftzähne zu ziehen. Oberstes Ziel muss aus meiner Sicht eine praktikable Umsetzung für alle betroffenen Betriebe sein. Auf keinen Fall darf es hier zu gold plating kommen!

DIE GRÜNEN:

Wie wir bereits rund um die für den Tourismus völlig missglückte letzte Steuerreform von SPÖ und ÖVP unter Beweis gestellt haben, sind wir ein Motor für praxisgerechte Lösungen anstelle überbürokratisierter oder gar branchenfeindlich ausgestalteter Lösungen. Selbstverständlich werden wir daher erforderlichenfalls auch beim Thema Pauschalreise-RL-Umsetzung die Branche in diesem Sinn unterstützen.

NEOS:

Wir haben lange versucht die Richtlinie aufzuhalten. Es handelt sich aus unserer Sicht um eine grundsätzlich schlechte Richtlinie. Hintergrund der Richtlinie ist eigentlich der Konsumentenschutz, für die Betroffenen wird die Umsetzung des EU-Regelwerks, die bis spätestens Ende 2017 erfolgen muss, aber einmal mehr unangenehme Nebeneffekte haben. Ein übertriebener Konsumentenschutz entmündigt die Konsumenten in einer Art und Weise, so dass diese gesamtwirtschaftlich gesehen nicht mehr die besten und rationalen Entscheidungen treffen. Bei den bestehenden Regelungen ist die Vermittlung von Einzelleistungen in stationären Reisebüros oder über andere Anbieter wie Hotels die Pauschalen anbieten wollen, kaum noch

möglich. Damit wäre die Zukunft von zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der damit verbundene Arbeitsplätze gefährdet.

4. Wie weit unterstützen Sie uns, dass die in der Reisebürosicherungsverordnung geregelte Absicherung der Pauschalreise im Falle der Insolvenz des Veranstalters nicht verschärft wird, da sonst die Existenz zahlreicher Veranstalter und Reisebüros bedroht wäre. Abgesehen davon, dass sich die Schadensfälle in den vergangenen Jahren im Promillebereich bewegten, wäre es stattdessen dringend notwendig, die Kundengelder im Falle von Insolvenzen von Airlines (siehe AirBerlin) abzusichern.

SPÖ:

Auch hier gilt der bereits hohe bestehende Konsumentenschutz. Nachschärfungen können sinnvoll sein. Es wäre vielleicht anzustreben, Reisen einfach in zwei Kategorien einzuteilen. Nämlich in Pauschalreise oder keine Pauschalreise.

DIE NEUE VOLKSPARTEI:

Siehe Antwort zu Frage 3: Die in der Richtlinie enthaltene Insolvenzabsicherung soll möglichst praktikabel und wirtschaftlich tragfähig sein.

FPÖ:

Ziel der neuen Regelung kann es natürlich nicht sein, dass Betriebe durch eine Kostenexplosion aus dem Markt geschossen werden! Wir sehen, dass das System jetzt funktioniert, zusätzlicher bürokratischer Mehraufwand, von Brüssel aus aufoktroiert und von Rot Schwarz mitbeschlossen. Das ist aus meiner Sicht prinzipiell abzulehnen.

DIE GRÜNEN:

Aus Sicht der Grünen muss sichergestellt werden, dass in diesem Bereich existenzbedrohende und auch grob nachteilige Folgen für die Branche verlässlich vermieden werden. Leider müssen derartige Verordnungen und ihre Änderungen aber nicht durch das Parlament, sondern werden vom zuständigen Minister bzw. in diesem Fall den zuständigen MinisterInnen im Einvernehmen, aber unter Federführung des Wirtschaftsministers erlassen. Wir bringen unsere Position deshalb direkt bei diesen Verantwortlichen, namentlich beim BMWFW, zu Gehör und setzen uns bei derartigen potenziell folgenreichen Lösungen auf Verordnungsebene generell für breite und öffentliche Begutachtungsprozesse ein.

Die ebenfalls angesprochene bessere Absicherung von Fluglinien-Kunden ist uns seit Langem ein großes Anliegen, diese Unternehmen sind im Vergleich zu den anderen Verkehrsunternehmen etwa des Bahn- oder Bussektors ein schlechtes Beispiel bei Beschwerdemanagement und Entschädigungsbereitschaft, wozu allerdings auch langjährige Samthandschuhe beim früher zuständigen BMVIT beigetragen haben. Hier müssen die Zügel von der nunmehrigen verkehrsträgerübergreifenden Agentur für Passagierrechte weiter angezogen werden, gerade anlässlich der aktuellen großen Anlassfälle AirBerlin und Ryanair.

NEOS:

Ähnlich wie in der oberen Frage dargelegt: Wir erachten den Trend zu einem übertriebenen Konsumentenschutz für nicht zielführend. Sie können daher mit unsere Unterstützung rechnen. Gerne können wir hier einen direkten Gedankenaustausch vornehmen.

5. Die auch für den Tourismus wichtige Flexibilisierung der Arbeitszeit durch die Sozialpartner ist gescheitert. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Lösung dieses Problems?

SPÖ:

Die Flexibilisierung sehen wir nicht als gescheitert an. Die SPÖ ist gesprächsbereit, nur darf die Flexibilisierung keine Einbahnstraße sein und es darf zu keiner Situationsverschlechterung der ArbeitnehmerInnen kommen.

Man muss über einen Rechtsanspruch diskutieren, der es den ArbeitnehmerInnen ermöglicht, selbst zu entscheiden, wenn man den Ausgleich konsumieren möchte.

DIE NEUE VOLKSPARTEI:

Unsere Arbeitswelten haben sich verändert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen tragen dem jedoch noch nicht Rechnung. Wir brauchen mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer das gemeinsam wollen. Diese Gestaltungsfreiheit möchten wir in Form eines Zeitwertkontos als „Arbeitszeit-Sparbuch“ und durch praktikable Arbeitszeitgrenzen umsetzen.

Das bedeutet für uns keine Erhöhung der regulären Arbeitszeit und auch keinen „12-Stunden-Tag“ als neue Regelarbeitszeit, sondern eine betrieblich einvernehmliche und flexiblere Gestaltung sowohl im Sinne der persönlichen und familiären Planung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch zur Erfüllung der Auftragsituation von Unternehmen. Alle Bedingungen für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten müssen auf beiderseitigem Einverständnis basieren. Mit einem Zeitwertkonto sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden können, welche Gehaltsbestandteile, Überstunden, Zulagen, Prämien oder Sonderzahlungen sie sich steuerbegünstigt auf ein Konto überweisen lassen, um sich später eine Auszeit ohne Abstriche leisten zu können. Dabei darf es jedenfalls zu keinen Verschlechterungen für den Arbeitnehmer kommen.

FPÖ:

Das Geschäft muss dann gemacht werden, wenn es anfällt. Das weiß jeder Unternehmer. Hier braucht es dringend eine Flexibilisierung. Überstunden, die in der Hauptsaison angesammelt werden, sollen dann in der Nachsaison abgebaut werden. Die Wochenarbeitszeit soll unverändert bleiben, die Ruhezeiten sollen flexibler werden. Ein möglicher Ansatz wäre ein das mit einem eigenen Kollektivvertrag zu regeln. Die Mitarbeiter, die flexibel arbeiten wollen, sollen Vorteile erhalten.

DIE GRÜNEN:

Unsere ArbeitnehmerInnensprecherin NR-Abg. Birgit Schatz hat zusammen mit ExpertInnen und Betroffenen das Thema vertieft und folgende Anregungen in Antragsform an die Verantwortlichen herangetragen:

"Die Bundesregierung ... wird aufgefordert ... folgende Schritte zu setzen:

- Aufnahme von Verhandlungen mit den Sozialpartnern über die Entwicklung eines Ganzjahresarbeitszeitmodells, das durchgehende Beschäftigung durch angesammelte Überstundenzuschläge ermöglicht;
- Aufnahme von Verhandlungen mit den Sozialpartnern um Möglichkeiten der beruflichen Umorientierung für touristische Fachkräfte auszuloten. Ein branchenspezifischer Umstiegsfonds könnte nach z.B. sieben Jahren Branchenarbeit Ausbildungsperspektiven ermöglichen;
- Schaffung konkreter regionaler Entwicklungsprogramme zur langfristigen Ansiedlung von touristischen Fachkräften in Nachfrage-Regionen, sowie
- Durchführung einer empirischen Erhebung der Gründe und Motive von Fachkräften und Lehrlingen, warum sie den Tourismus verlassen, und Aufnahme der Ergebnisse sowie der auf ihrer Basis entwickelten Gegenstrategien in den nächsten, an den Nationalrat zu erstattenden Tourismusbericht."

Dahinter steht ein genaueres Modell, welches wir auch im Tourismusausschuss des Nationalrats vorgestellt haben.

Leider haben sich die Mehrheitsfraktionen der Diskussion aber weitestgehend entzogen und den Antrag in die Vertagung geschickt, was aus unserer Sicht nicht den Interessen der Branche und dem Handlungsdruck entspricht.

Wir werden das Thema daher auch in der neuen Periode wieder auf die Agenda bringen.

NEOS:

Wir fordern seit unserem Bestehen die Einführer längerer Durchrechnungszeiten (365Tage) - hier haben wir auch das 365 Tage Tourismus Programm vorgeschlagen. Auch die Möglichkeit ohne weitere Schwierigkeiten 12 Stunden am Tag arbeiten zu können, sollte selbstverständliche sein – in der Tourismusbranche ist es das in der Praxis ohnehin.

6. Wie bewerten Sie die Zukunftsfähigkeit der Reisebranche? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass eine Karriere in der Touristik auch in Zukunft für junge Menschen attraktiv ist?

SPÖ:

Die Attraktivität kann nur mit einer Anpassung der Leistung der Tourismusbranche an die Kundenwünsche bewerkstelligt werden. Hier sind vor allem kürzere Urlaube, Aktivurlaube und die Individualisierung anzusprechen.

DIE NEUE VOLKSPARTEI:

Speziell auch die Reisebranche steht unter steigendem Druck der internationalen Konkurrenz sowie digitaler Angebote. Gerade letztere haben in den vergangenen Jahrzehnten auch die Tendenz zu privaten Reisebuchungen verstärkt. Hier wird es für die Reisebranche wichtig sein, jenes Element ihres Angebots verstärkt zur Geltung zu bringen, das schon bisher den Erfolg der Branche ausmacht: die Qualität der persönlichen Betreuung. Der direkte Kontakt mit den Kunden, die flexible und individuelle Bedürfnisse einbeziehende Angebotsstellung und die Herausforderungen, jedes Reiseprojekt von neuem zu einem Erfolg für Kunden und die große Zahl beteiligter Akteure zu machen – alles das trägt zu einem attraktiven und äußerst spannenden Arbeitsumfeld bei. Als Politik wollen wir – neben der genannten Arbeitszeitflexibilisierung – speziell durch spürbare Entlastungen von bürokratischen Hürden zum Erfolg der Branche beitragen, damit Mitarbeiter und Unternehmer wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben.

FPÖ:

Der Dienstleistung und dem Tourismus gehört die Zukunft. Wir wollen die Karriere hier attraktiver machen und müssen bei den Lehrlingen ansetzen und diese speziell fördern. Wie letztens von mir gefordert beispielsweise durch die Streichung der Internatskosten. Wichtig wird es auch sein, dass die Lehrinhalte immer auf dem neuesten Stand sind und mit den aktuellen Entwicklungen mithalten. Nur wenn man den Jugendlichen eine Top-Ausbildung bietet, kann man sie auch für die Arbeit begeistern.

DIE GRÜNEN:

Siehe Antwort zu Frage 5 – und: Die Reisebranche hat aus unserer Sicht eine glänzende Zukunft, wenn man sie tun lässt!

NEOS:

Das ist die brennende Frage. Der Tourismus bietet viele Möglichkeiten, aber die Stärken werden oft als Schwächen ausgelegt. Wer auch mal länger arbeiten will um dann auch längere Freizeitblöcke zu konsumieren, fühlt sich im Tourismus wohl. Das heißt aber nicht, dass es nur unregelmäßige Arbeit gibt. Derzeit denken viele Politiker bei der Gesetzgebung aber nicht an die Freizeitgesellschaft sondern an die Industriegesellschaft. Der Tourismus bietet ein Internationales Umfeld, das wird immer mehr gefragt.